

Protokoll des 4. Bundesparteitags von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG am 26. August 2018 in Kassel

TOP 1 Begrüßung

- Begrüßung durch Julia Beerhold und Alexander Plitsch im Namen des Bundesvorstands

TOP 2 Formalia

- Bestimmung der Versammlungsleitung
 - Vorschlag: Alexander Thamm, Henrike Ostwald, Leon Beleke, Carina Reinisch, Sabine Sedlaczek, Michael Hohenadler
 - Auf Nachfrage gibt es keine weiteren Bewerbungen.
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung angenommen.
- Bestimmung der Wahlkommission
 - Vorschlag: Sophia Schnepel, Beate Kutschke, Stefan Woßler, Friedrich Bohn
 - Auf Nachfrage gibt es keine weiteren Bewerbungen.
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung angenommen.
- Bestimmung der Zählkommission
 - Vorschlag: Maria Haberer, Reglinde Behrends, Sigrid Ott, Ute Walter
 - Auf Nachfrage gibt es keine weiteren Bewerbungen.
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung angenommen.
- Bestimmung der Schriftführung
 - Vorschlag: Deniz Özkan, Harry Jääskeläinen
 - Auf Nachfrage gibt es keine weiteren Bewerbungen.
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung angenommen.
- Unterstützung der Versammlungsleitung
 - Die Versammlungsleitung möchte sich von Felix Pahl unterstützen lassen.
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung angenommen.
- Abstimmung über die vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Antragsfristen
 - Vorschlag: Anträge bis zum 5.8. und Änderungsanträge bis zum 17.8.
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung angenommen.
- Verabschiedung der Tagesordnung
 - Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung wird in offener Abstimmung angenommen.

TOP 3 Tätigkeitsbericht des Bundesvorstands

- Vom Bundesvorstand sind anwesend Julia Beerhold, Alexander Plitsch, Benedikt Sequeira Gerardo, Franka Kretschmer, Dorothee Vogt, Lea Brunn. Narges Lankarani ist krankheitsbedingt leider nicht anwesend.
- Bericht:
 - Lea: Fokus Europawahl, Gespräche mit anderen Organisationen, ProKo (Progressive Koalition), Veranstaltungen, DiB-Geburtstag, Kick-off Hamburg,

Orga für den Bundesparteitag, Demos und Aktivitäten in den einzelnen Ländern, Unvereinbarkeitsbeschluss, Konflikt-Koalas, viele Calls, Aktivität auf dem Marktplatz, Verwaltung und Finanzen, über 4000 Buchungen, über 85.000 Euro an Spenden, parteigesetzkonforme Buchhaltung, Spendenquittungen, Umsetzung der DSGVO.

- Benedikt: Dank für die Mitarbeit der viele Aktiven und Ehrenamtlichen. Mails beantworten, Spenden buchen und quittieren, Einrichtung der Technik und der Verordnungen, Registrierung neuer Beweger*innen, Newsletter. Dank an Menschen, die sich Zeit nehmen, wie z.B. Clemens, der sich 6 Monate freigenommen hat für DiB. Ebenfalls Dank an Johanna, die flexibel für DiB arbeitet.
- Dorothee: Vorstellung eines Transparenzberichts, in dem alle Teams über ihre Arbeit berichteten.
- Teams: Verwaltung, Schatzmeister*innen, Mitgliedergespräche, Initiativ-Prinzip, SKPaden, Mitbestimmungs-Makaken, Europa-Wale, Pressearbeit, DiB-Tische, Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz-Team, Vielfalt, Tech-Team, Community-Management, Team Hessen hat 850 Unterschriften gesammelt...
- Herzlicher Dank an alle Teams.
- Narges ist schwer erkrankt und lässt herzliche Grüße ausrichten.

TOP 4 Bestätigung der Initiativen durch den Parteitag

- Herzlichen Dank an alle, die Initiativen erstellt, entwickelt und daran gearbeitet haben.
- Offizielle Verabschiedung der seit dem letzten Bundesparteitag im Plenum angenommenen Initiativen, die parteirechtlich vom Bundesparteitag bestätigt werden müssen.
- Abstimmung über die Verabschiedung der 22 neu angenommenen Initiativen:
 - Kostenfreier Nahverkehr
 - Förderung von LSBTTIQ Jugendarbeit
 - Verbesserung von Reparierbarkeit und Nachhaltigkeit von Elektrogeräten
 - Verbot von primären Mikroplastik
 - Sommerzeit abschaffen
 - Staatlicher Schutz für Wölfe
 - Das gute Leben.
 - Einführung einer Wertschöpfungsabgabe
 - Ergänzungen zu „Organspende per Gesetz für alle“ Teil 1
 - Paritätische Pflegeversicherung für Sachsen
 - Reform der Jagd
 - Paritätsgesetz: Politik braucht Gleichheit - mehr Frauen in die Parlamente
 - Bezugsgröße der Sozialvers.- Streichung des Minderungswertes "Beitrittsgebiet"
 - Lehrer*innen ausbilden im Arbeiten mit Menschen mit Behinderung
 - Losverfahren Bürgergutachten mit Planungszellen für alle Entscheidungen
 - Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte
 - Gesetzlicher Mindestlohn für Alle, die in atyp. Beschäftigungsverhältnissen arb.
 - Ein Europäischer öffentlich-rechtlicher Rundfunk

- Autonome Waffensysteme verbieten
- DiB wird Mitglied beim Landesnetzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg
- Europäische Republik statt Vereinigte Staaten von Europa
- Initiativrecht für das europäische Parlament
- Bei 4 Enthaltungen angenommen.

TOP 5 Kooperationen

- Dringlichkeitsantrag A8 (Franka Kretschmer u.a.): Bestätigung des Abstimmungsergebnisses zur Kooperation mit DiEM25
 - Zur Dringlichkeit:
 - Begründung der Dringlichkeit durch Franka: Kürze der Zeit
 - Keine Gegenrede
 - Bei 4 Enthaltungen und 1 Gegenstimme zugelassen.
 - Zum Antrag:
 - Pro: Franka
 - Kontra: Thomas: Stimmen wie im Ergebnis auf dem Plenum waren auf dem Markt nicht wahrnehmbar.
 - Keine weitere Pro-Rede.
 - Antrag bei 6 Enthaltungen und 12 Gegenstimmen angenommen.
- Dringlichkeitsantrag A9 (Simon Filser): Teilnahme an einem Kleinparteienbündnis
 - Der Änderungsantrag A9-001 (Franka Kretschmer u.a.) wurde im Einvernehmen mit dem Antragsteller gestellt und wird ohne Widerspruch in den Antrag übernommen.
 - Zur Dringlichkeit:
 - Begründung der Dringlichkeit durch Simon: Kürze der Zeit.
 - Keine Gegenrede.
 - Bei 4 Enthaltungen zugelassen.
 - Zum Antrag:
 - Pro: Simon: Viele DiB-Elemente sind eingegangen, einige Parteien sind abgesprungen, der Reifegrad ist umstritten, daher soll die Abstimmung nicht erzwungen werden, sondern es soll weiter verfeinert werden. Der Antritt bei Kommunalwahlen soll gemeinsam erfolgen.
 - Verständnisfrage Sabine: Was bedeutet „Gespräche aufnehmen“? Wie weit soll es gehen? Festlegung? Ist es ausgeschlossen, dass weitere Bündnisse eingegangen werden können?
 - Simon: Das wäre in jeder Kommune einzeln zu entscheiden.
 - Pro: Regine: Man muss sich zusammentun, um Kraft zu entfalten. Die Kooperation hat genau diesen Auftrag.
 - Bei 6 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen angenommen.

TOP 6 Nachwahl einer Ersatzrichterin im Bundesschiedsgericht

- Die Versammlungsleitung schlägt vor, den Antrag S9-213 von Leon Beleke (für das Papiertiger-Team) zur Wahlordnung vor der Wahl zu behandeln, um Klarheit über das Wahlverfahren herzustellen.
- Zum Vorziehen des Antrags:

- Bei einer Enthaltung angenommen.
- S9-213 (Leon Beleke)
 - Pro: Felix: Klarstellung der Quotierung bei Nachwahlen
 - Keine Gegenrede, keine weitere Pro-Rede
 - Einstimmig angenommen
- Für die Nachwahl einer Ersatzrichterin im Bundesschiedsgericht kandidiert Paula Gottmann aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, die leider nicht anwesend sein kann. Michaela übernimmt die Vorstellung.
- Friedrich Bohn wurde von der Wahlkommission zum Wahlleiter bestimmt und führt die Wahl durch.
- Kaffeepause von 10:27 bis 10:45 während der Auszählung der Wahl
- **Wahlergebnis:**
Paula Gottmann wurde als Ersatzrichterin im Bundesschiedsgericht gewählt.

TOP 7 Satzung und Ordnungen

TOP 8 Verschiedenes

- Die Anträge zu den Tagesordnungspunkten „Satzung und Ordnungen“ und „Verschiedenes“ wurden gemeinsam priorisiert; diese Tagesordnungspunkte werden daher gemeinsam behandelt.
- Die Versammlungsleitung schlägt vor, die vom Papiertiger-Team als redaktionell eingeordneten Anträge zuerst zu behandeln und dann die übrigen Anträge in der Reihenfolge, in der sie per Fragebögen priorisiert wurden. Der Vorschlag wird bei zwei Enthaltungen angenommen.
- Redaktionelle Anträge des Papiertiger-Teams
 - Die Pro-Reden werden mit einer Ausnahme von Ute Walter gehalten.
 - S1-208 (Leon Beleke): Bei einer Enthaltung angenommen.
 - S2-026 (Ute Walter): Bei einer Enthaltung angenommen
 - S2-029 (Ute Walter): Bei 3 Enthaltungen angenommen
 - S5-124 (Leon Beleke): Bei 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen
 - S6-162 (Ute Walter): Bei 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen
 - S6-347 (Ute Walter): Bei 2 Enthaltungen angenommen
 - S7-093 (Ute Walter): Bei 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme angenommen
 - S8-004 (Ute Walter): Bei 2 Enthaltungen angenommen (Pro-Rede von Felix)
 - S9-050 (Leon Beleke): Bei 5 Enthaltungen angenommen
- Unvereinbarkeit
 - S6-052 (Alexander Plitsch für den Bundesvorstand)
 - Die Änderungsanträge S6-052-Ä-057, S6-052-Ä-059 und S6-052-Ä-159 wurden im Einvernehmen mit dem Antragsteller gestellt und werden ohne Widerspruch in den Antrag übernommen.
 - Pro: Alexander: Legitimation durch den Bundesparteitag
 - Bei 3 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen
 - S6-053 (Sabine Sedlaczek u.a.) wird zurückgezogen.
 - A4 (Alexander Plitsch für den Bundesvorstand): Unvereinbarkeitsrichtlinie
 - Es gibt drei Änderungsanträge. Diese werden nicht als einvernehmlich behandelt, da der Bundesvorstand den Bundesparteitag einzeln

- darüber abstimmen lassen möchte; das bedeutet nicht, dass der Bundesvorstand nicht mit den Änderungen einverstanden ist.
- A4-030 (Sebastian Peter Wiedemeier)
 - Dringlichkeitsantrag von Sebastian Peter Wiedemeier, seinen Änderungsantrag dahingehend abzuändern, dass nur die Organisation REBELL eingefügt wird.
 - Zur Dringlichkeit:
 - Begründung der Dringlichkeit durch Sebastian
 - Keine Gegenrede
 - Bei 5 Enthaltungen und 1 Gegenstimme zugelassen
 - Die Änderung wurde vom Änderungsantragsteller selbst beantragt; der Änderungsantrag wird ohne Widerspruch entsprechend abgeändert.
 - Beratung über den so abgeänderten Änderungsantrag
 - Pro: Sebastian: REBELL ist die Jugendorganisation der MLPD, sie sind inhaltlich als identisch anzusehen.
 - Kontra: Die Mitglieder sollen eigenständig entscheiden dürfen, was ethisch vertretbar ist.
 - Pro: Felix: Stimmt mit Sebastian überein; REBELL teilt das Programm der MLPD.
 - Bei 15 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen
 - A4-035 (Sebastian Peter Wiedemeier u.a.) wird zurückgezogen.
 - A4-060 (Sebastian Peter Wiedemeier)
 - Pro: Sebastian: Es gibt Bündnisse überparteilicher Kampagnen, an denen auch Organisationen teilnehmen, die unter die Unvereinbarkeit fallen. Die Teilnahme von DiB an Bündnissen soll möglich sein, sofern der Bundesvorstand bzw. Landesvorstand zustimmt. Damit soll vermieden werden, dass DiB ein Bündnis verlassen muss, wenn eine Organisation sich einem Bündnis anschließt, das eigentlich unseren Werten entspricht.
 - Bei 5 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen
 - Befassung des so geänderten Antrags A4
 - Pro: Alexander Plitsch: Stellt die Unvereinbarkeitsrichtlinie und die Liste der Parteien und Organisationen vor.
 - Gegen: Sara G.: Es ist nicht schlimm, mit den Organisationen zusammenzuarbeiten, sofern nicht gegen unsere Grundwerte verstoßen wird.
 - Pro: Sabine: Die Organisationen verstecken sich oft hinter demokratischen Strukturen. Wichtig ist auch die Abgrenzung. Für viele wäre es einfacher, wenn wir eine Liste hätten. Als Zeichen nach außen und für die Öffentlichkeit ist es wichtig.
 - Bei 10 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen angenommen
 - Team-Delegation
 - Verfahrensantrag von Friedrich Bohn: Es soll Gelegenheit geben, einführend 5 Minuten mit einer Präsentation einen Überblick über die Konzepte zur Weiterentwicklung des Initiativprinzips zu geben, damit der Zusammenhang

klar wird, und dann noch einmal in jedes von vier Paketen von Anträgen jeweils 2 Minuten lang einzuführen. Diese Beiträge wären möglichst neutrale Darstellungen und würden nicht als Redebeiträge für oder gegen die Anträge zählen.

- Bei einigen Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen
- Friedrich gibt mit einer Präsentation einen Überblick über die Konzepte.
 - Da es viele Verständnisfragen gibt, werden alle Fragen zugelassen und beantwortet.
- S1-000 (Friedrich Bohn)
 - Änderungsantrag S1-000-Ä-036 (Friedrich Bohn) wurde vom Antragsteller selbst gestellt und wird ohne Widerspruch in den Antrag übernommen.
 - Änderungsantrag S1-000-Ä-026 (Alexander Plitsch)
 - Pro: Alexander: Oft sind Menschen betroffen, die nicht am Wohnort der Abstimmung leben. Da man filtern kann, wird man nicht überschüttet.
 - Kontra: Renaldo: Stadt und Land haben unterschiedlich viele Mitglieder, daher könnten die Städte das Land immer überstimmen.
 - Kontra: Michaela: Kommunikationskanäle sind nicht für alle zugänglich, Informationen könnten verloren gehen, Externe können nicht mit abstimmen.
 - Pro: Colin: Aktuell sind die Kommunen sehr klein; das könnte dazu führen, dass zu wenige Personen über die Initiativen abstimmen.
 - Bei 14 Enthaltungen und 20 Gegenstimmen angenommen
 - Änderungsantrag S1-000-Ä-032 (Friedrich Bohn)
 - Friedrich (einführend): Der Absatz, den der Änderungsantrag streicht, verhindert, dass z.B. zwei Personen eine Initiative stellen, bearbeiten und darüber abstimmen.
 - Pro: Sebastian: Kleine Landesverbände könnten sonst das Initiativprinzip nicht nutzen
 - Kontra: Sabine: Ein Landesverband, der zu zweit oder zu dritt über Positionen abstimmen würde, wäre auch kontraproduktiv. Zu kleine Gruppen führen wahrscheinlich nicht zu guten Entscheidungen.
 - Kontra: Ulf: Eine Initiative muss ordentlich gewichtet sein; Abstimmungen von wenigen Menschen haben kaum Gewicht.
 - Pro: Katharina: Es geht nur um das Einreichen, trotzdem kann bundesweit abgestimmt werden.
 - Mit 32 Stimmen bei 13 Enthaltungen und 29 Gegenstimmen angenommen
 - Befassung des so geänderten Antrags S1-000
 - Pro: Friedrich: Es werden Initiativen auch auf anderen Ebenen ermöglicht
 - Kontra: Jörg: Team-Delegation ist nicht transparent, aber allgemein befürwortet er Delegation.

- Kontra: Marco: Das Paket ist der Basisdemokratie nicht förderlich, es wurden Verfahrenstricks angewandt.
- Hinweis der Versammlungsleitung: Die beiden letzten Reden bezogen sich nicht auf den Antrag. Bitte Pro oder Kontra nur zu dem jeweiligen Antrag.
- Verfahrensantrag von Felix Pahl: Einen zusätzlichen Redebeitrag zur Entgegnung auf die beiden vorangehenden Redebeiträge zulassen.
 - Pro: Felix: Da die vorangehenden Beiträge keine Kontra-Reden waren, wäre es nicht zulässig, im Rahmen einer Pro-Rede auf sie einzugehen; deshalb sollte dafür ein zusätzlicher Redebeitrag zugelassen werden.
 - Bei 8 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen
- zusätzlicher Redebeitrag: Felix: Das als Verfahrenstrick wahrgenommene Verfahren sollte dazu dienen, dem Parteitag die Abstimmung über einzelne Aspekte des Antragspakets zu ermöglichen.
- Verfahrensantrag von Jörg Preisendörfer auf Aussprache
- Unterbrechung für 5 Minuten zur Beratung darüber
- Konkretisierung des Verfahrensantrags:
20 Minuten Aussprache mit bis zu 3 Minuten pro Redebeitrag.
Redeliste nach Frauen quotiert aber nicht nach Pro und Kontra
 - Pro: Jörg: Die offene Aussprache wird erbeten, um den Frieden der Versammlung zu wahren.
 - Bei 13 Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen
- Aussprache
 - Clemens: Die Änderungen wurden in vier Pakete aufgeteilt, weil es undemokratisch wäre, sie als einen einzigen großen Antrag abzustimmen. Er erklärt die einzelnen Pakete. Die Pakete vor dem Paket zur Team-Delegation haben nichts mit dem Delegationssystem zu tun.
 - Dorothee: Begrüßt die Aussprache; gibt zu, dass auch sie sehr verwirrt ist; spricht sich dafür aus, sich an unseren Grundwerten zu orientieren und von guten Absichten auszugehen.
 - Arjuna: Danke an das Team Delegation. Er hält die Aufteilung in die Einzelpakete für sehr sinnvoll, trotz der Komplexität, was nun zu dieser Aussprache geführt hat.
 - Sigrid: Bedankt sich auch beim Team und befürwortet auch die Unterteilung. Sie ist gegen Delegierungen, denn diese verkomplizieren das Initiativprinzip. Es gibt immer nur wenige, die abstimmen; daher verführen Delegierungen zur Passivität. Das Initiativprinzip ist

unser Herzstück, und es geht um die Mobilisierung. Sie findet, dass Delegation als ein Signal für Passivität verstanden wird.

- Thomas: Es braucht noch Zeit, um das Prinzip der Delegation zu erklären und zu verstehen. Es ist wichtig, hineinzuwachsen. Es kann dazu führen, dass ein Teil des „Zugs“ abbricht und weiter saust. Es braucht Zeit für weitere Diskussionen. Teilhabe soll gefördert werden.
- Regine: Sie möchte, dass die Themenkreise weiterhin existieren. Sie findet das Konzept gut, dass man auf ein Team vertraut, wenn man sich mit einer Thematik nicht sehr gut auskennt und daher an ein Team delegiert. Delegierungen sind eine Chance, da sie transparent sind.
- Jörg: Wirbt für die Pakete zu Schlagworten und Ebenen. Er hält den Vorschlag zur Delegation für Proxy Voting. Er wirbt dagegen, insbesondere gegen die Begrenzung: Wenn nicht mehr formal delegiert werden kann, passiert das stattdessen informell; Begrenzung führt daher zu weniger Transparenz.
- Felix: Ist der Vorschlag im Geiste des Initiativprinzips? Das Prinzip soll sowohl erhalten als auch erweitert werden. Alle sollen die Möglichkeit haben, ihre Kompetenzen einzubringen. Alle können immer noch jederzeit selber abstimmen und alle ihre Rechte ausüben. Es sollen auch Menschen erreicht werden, die sich nicht Vollzeit mit Politik beschäftigen können; auch die wollen wir mitnehmen, um uns von den anderen Parteien zu unterscheiden. Die Themenkreise sollen nicht abgeschafft, sondern ersetzt werden, wobei die Hürde gesenkt wird.
 - Abstimmung über den geänderten Antrag S1-000
 - Bei 4 Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen
- S1-019 (Friedrich Bohn)
 - Friedrich (einführend): Es geht um Schlagworte, die benutzt werden, um Initiativen in Themenbereiche einzugliedern. Weitere Schlagworte können hinzugefügt werden, z.B. bei Schüleraustausch mit Frankreich als Schlagworte sowohl Bildung als auch Außenpolitik. Dadurch klarere Beschreibung des Themenbereichs, zu dem eine Initiative gehört.
 - Pro: Regine: Themenbezogene Initiativen können besser identifiziert und gefunden werden. Momentan ist keine Begrenzung der Schlagworte vorgesehen; falls es ausarten sollte, wird dazu eine Lösung gefunden.
 - Keine Gegenrede
 - Bei 2 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen
- S1-019-2 (Friedrich Bohn)

- Dringlichkeitsantrag von Felix Pahl:
 - Der Antrag S1-019-2 soll wie folgt ergänzt werden:
 - § 7 Geltungsdauer
 - Die Paragraphen 2 bis 6 gelten bis zum ersten Bundesparteitag nach dem 26. August 2018.
 - Dringlichkeitsbegründung: Felix: Problem der Verwirrung und Sorge von vielen, wie sie stimmen sollen. Wenn der Antrag angenommen wird, könnte er später nur mit 2/3-Mehrheit wieder rausgenommen werden. Damit es ausprobiert und später leichter widerrufen werden kann, soll dieser Antrag nur bis zum nächsten Bundesparteitag gelten.
 - Bei 4 Enthaltungen angenommen
- Friedrich (einführend): Erläutert die Grundlagen der Delegation. Zur Frage der Delegation durch passive Mitglieder und wie man die Menschen erreicht: Wenn jemand eine gewisse Zeit lang nicht aktiv ist und nicht auf Mails zur Erneuerung der Delegation antwortet, verfällt sie.
- Pro: Clemens: Es kann sein, dass die Anzahl der Initiativen, sowohl auf der kommunalen als auch auf der EU-Ebene, zu hoch wird und Delegationen notwendig werden. Er sieht weder sich, noch andere in der Lage, alle Initiativen selbst zu bearbeiten. Zudem sollte DiB mutig sein und neue Dinge ausprobieren.
- Kontra: Marco: Andere haben dieses System schon ausprobiert und sind damit gescheitert. Delegationen verführen zur Passivität. Sorge vor Machtkonzentration auf einige Wenige und Politikverdrossenheit.
- Kontra: Sigrid: Tritt mit Renaldos Shirt auf: „Sie wollen nur Deine Stimme. Wir wollen auch Deine Ideen.“ Das war Wahlkampflogan von DiB, und daran sollten wir festhalten. Befürchtung: Das führt weg von unserer Basis und unseren Grundprinzipien.
- Pro: Reglinde: Sieht es als Chance. Sie möchte ihre Stimme delegieren können, da sie bei der Komplexität der Themen nicht die Zeit hat, sich in jedes Thema einzuarbeiten, und dann in diesen Fällen nicht abstimmen würde.
- Bei 47 Stimmen dafür, 14 Enthaltungen und 22 Gegenstimmen abgelehnt (eine 2/3-Mehrheit der abstimmenden Mitglieder war erforderlich)
- Die Anträge S1-019-3 (Friedrich Bohn) und S1-020 (Friedrich Bohn) werden zurückgezogen.
- Verfahrensantrag von Franka Kretschmer:
 - Sie beantragt, ein Stimmungsbild einzuholen, ob die Versammlung grundsätzlich gegen das Prinzip der Delegation ist oder ob das Team daran weiterarbeiten soll.
 - Kontra: Colin: Das ist eine sehr grundsätzliche Frage, mit der wir uns nicht genug beschäftigen konnten, aber sollten. Andere Anträge fallen aus Zeitgründen weg; die Diskussion wäre auf dem Marktplatz besser aufgehoben.

- Der Verfahrens Antrag wird mit 43 Stimmen bei 16 Enthaltungen und 20 Gegenstimmen angenommen.
- Stimmungsbild: Soll die Idee der Delegation weiterverfolgt werden?
 - Es handelt sich nicht um einen formalen Beschluss, nur um ein Stimmungsbild; Bewegter*innen dürfen daher mit abstimmen.
 - Das Ergebnis ist mehrheitlich positiv.
- S1-019-4 (Friedrich Bohn)
 - Pro: Felix: Erforderlich zur Transparenz
 - Bei 7 Enthaltungen angenommen
- S1-021 (Friedrich Bohn)
 - Pro: Friedrich: Oft werden Initiativen von mehr als 3 Personen erstellt, daher sollten bis zu 10 Initiator*innen möglich sein; das soll zur Transparenz beitragen.
 - Verständnisfrage: Falls 10 Initiator*innen eine Initiative starten und eine*r die Initiative verlässt, müsste ein Ersatz gefunden werden?
 - Felix: Das ist in § 2 (1) der Abstimmungsordnung geregelt, der durch den Änderungsantrag S1-019-2-Ä-088 verallgemeinert werden sollte. Der ist aufgrund der Ablehnung des Antrags S1-019-2 entfallen. Deshalb würde der Antrag S1-021 jetzt zu einer Inkonsistenz führen.
 - Der Antrag wird zurückgezogen.
- S1-023 (Friedrich Bohn)
 - Pro: Friedrich: Die Anzahl sollte auf fünf erhöht werden, da man mehr als nur drei gute Ideen gleichzeitig haben kann.
 - Kontra: Renaldo: Drei ist schon sehr viel, mehr wäre ungesund. Er sieht nicht den Sinn, da aus Zeitgründen niemand mehr als drei Initiativen einbringen möchte.
 - Bei 9 Enthaltungen und 4 Gegenstimmen angenommen
- Folgen der Ablehnung bei Prüfung von Initiativen
 - S1-165 (Felix Pahl)
 - Pro: Felix: Das Einlegen eines Rechtsmittels sollte keine negativen Konsequenzen haben.
 - Verständnisfrage: Gilt dies nur für Ablehnung aufgrund von Verstößen gegen Grundwerte oder auch für andere Fehler?
 - Antwort Felix: Es gilt für alle Ablehnungsgründe. Das Prüfungsteam nimmt immer Rücksprache; nur, wenn auf dem Fehler bestanden wird, erfolgt eine Ablehnung.
 - Frage: Für welche Dauer wird man gesperrt? Die Formulierung ist missverständlich.
 - Antwort Felix: Man darf neue Initiativen einbringen, sofern in den letzten sechs Monaten nicht zwei Initiativen abgelehnt wurden. Es ist keine Sperrung für immer.
 - Verfahrens Antrag von Felix Pahl: Antrag zurückstellen, Formulierung überarbeiten und erneut befassen.
 - Bei einer Enthaltung angenommen
- Aktive Teilnahme im Plenum
 - S1-057 (Harry Jääskeläinen)

- Der Änderungsantrag S1-057-Ä-054 (Felix Pahl) wurde im Einvernehmen mit dem Antragsteller gestellt und wird ohne Widerspruch in den Antrag übernommen.
- Pro: Harry: Um das Quorum näher an der Realität zu halten, sollten nur aktive Bewegter*innen berücksichtigt werden.
- Keine Gegenrede.
- Pro: Jörg: Die Erfahrung zeigt, dass die Änderung vorteilhaft ist.
- Bei 1 Enthaltung angenommen.
- S1-190 (Sebastian Peter Wiedemeier)
 - Pro: Sebastian: Auch hier ist die Anpassung an die Anzahl der Aktiven erforderlich.
 - Kontra: Jörg: Grundsätzlich ist die Idee der Anpassung gut; die Regel muss aber grundlegend überarbeitet werden, da sie im Konflikt zum Parteienrecht steht.
 - Pro: Felix: Zurzeit stehen nur diese beiden Möglichkeiten zur Abstimmung. Andere Probleme an anderer Stelle in dem Absatz sollten nicht dazu führen, diesen sinnvollen Antrag abzulehnen. Weitere Ideen und Diskussionen sind willkommen.
 - Bei 15 Enthaltungen, 1 Gegenstimme angenommen
- Marktplatz in der Abstimmungsordnung
 - Sabine stellt für die Versammlungsleitung einen Verfahrens Antrag:
 - S1-006 (Marcel Batangtaris-Weitershagen u.a.) und S1-011 (Sebastian Peter Wiedemeier u.a.) betreffen ähnliche Sachverhalte und sollen gemeinsam behandelt werden. Es soll für jeden Antrag zwei Pro-Redebeiträge geben, dann ein Stimmungsbild, und dann soll der Antrag mit den meisten Stimmen befasst werden.
 - Bei 3 Enthaltungen angenommen
 - Pro S1-006: Felix: Der Marktplatz ist sehr wichtig; es soll klargestellt werden, dass die Teilnahme daran ein Mitgliedsrecht ist.
 - Pro S1-011: Alexandra: Der Marktplatz soll nicht in der Abstimmungsordnung stehen. Die Mitglieder haben dadurch gegenüber den Bewegter*innen einen Vorteil; Schiedsrichter*innen können nur durch Mitglieder angerufen werden, nicht durch Bewegter*innen; DiB steht aber für die Teilnahme der Nicht-Parteimitglieder.
 - Pro S1-011: Sebastian: Der Marktplatz soll gemäß dem Telemediengesetz behandelt werden, wodurch bereits ein Recht auf Einspruch beim Bundesvorstand besteht.
 - Pro S1-006: Marcel: Der Antrag würde den Bundesvorstand entlasten und die Schiedsgerichte stärken.
 - Stimmungsbild:
 - S1-006: 32 Stimmen; S1-011: 27 Stimmen
 - Somit wird S1-006 befasst.
 - Pro: Felix: Vorherige Änderung wird konkretisiert; Teilnahme am Marktplatz ist ein Mitgliederrecht
 - Kontra: Ute: Der Antrag ist zu unbestimmt; das Bundesschiedsgericht sollte nur parteirechtliche Fragen behandeln und sich nicht mit dem Marktplatz befassen.

- Kontra: Sofian: Es ist nicht klar, wann das Bundesschiedsgericht angerufen werden soll und darf; das könnte schon bei zu niedrigschwelligem Maßnahmen geschehen; es könnte zu einer Belastung des Bundesschiedsgerichts kommen.
- Pro: Marcel: Es geht nicht um die Differenzierung zwischen Mitgliedern und Bewegter*innen; es geht um die Schaffung einer neutralen Instanz.
- Bei 41 Stimmen dafür, 20 Enthaltungen und 20 Gegenstimmen abgelehnt (eine 2/3-Mehrheit der abstimmenden Mitglieder war erforderlich)
- Quotierung der Redelisten
 - S4-047-2 (Sabine Sedlaczek)
 - Pro: Felix: Die Geschäftsordnung soll sich auf die Satzung beziehen, anstatt sie zu zitieren.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede.
 - Bei 2 Enthaltungen angenommen
 - S6-448-2 (Sabine Sedlaczek)
 - Pro: Felix: Es sollte keine Mindestquotierung für Männer geben, da es strukturelle Diskriminierung von Männern nicht in entsprechendem Ausmaß gibt. Zudem geht die bestehende Formulierung von binären Geschlechtern aus.
 - Verständnisfrage: Geht es um die frauenquotierte Redeliste? Ja.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen
- Angleichung Satzung und Grundsatzprogramm
 - S5-046 (Leon Beleke)
 - Pro: Ute: Die Präambeln der Satzung und des Grundsatzprogramms sollen sprachlich angeglichen werden.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 2 Enthaltungen angenommen
 - S6-015-3 (Leon Beleke)
 - Pro: Ute: Die Präambeln der Satzung und des Grundsatzprogramms sollen sprachlich angeglichen werden.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 2 Enthaltungen angenommen
- Gemeinsame Landesverbände
 - S6-219 (Sebastian Peter Wiedemeier)
 - Der Antrag wurde zurückgezogen.
- Forderung statt Gegenstand einer Initiative
 - S1-107 (Friedrich Bohn)
 - Pro: Leon: Der Antrag dient der Klarstellung worüber im Plenum abgestimmt wird.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 6 Enthaltungen angenommen
- Ehrenrührige strafbare Handlung streichen
 - S6-166 (Felix Pahl)

- Pro: Felix: Die Formulierung ist antiquiert; der Begriff der Ehre ist problematisch; der Begriff einer „ehrenrührigen strafbaren Handlung“ ist nicht definiert.
- Kontra: Kai: Ehre ist nicht negativ besetzt.
- Keine weitere Gegenrede
- Pro: Klaus: Der Passus macht keinen Sinn, da es keine Definition einer ehrenrührigen strafbaren Handlung gibt.
- Bei 2 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen angenommen
- Qualifizierte Mehrheit für Initiativen im Plenum
 - S1-108-2 (Regine Deutsch)
 - Pro: Regine: Initiativen sollen doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen brauchen, um angenommen zu werden; Enthaltungen zählen nicht. Widerstände sollen abgebaut werden, statt zu polarisieren.
 - Verständnisfrage: Muss jede Initiative eine 2/3-Mehrheit haben?
 - Antwort: Ja; idealerweise sollte konsensiert werden.
 - Frage: Was passiert, wenn auch nach der Konsensierung keine 2/3-Mehrheit erreicht wurde?
 - Antwort: Dann ist die Initiative abgelehnt.
 - Kontra: Sabine: Findet den Gedanken grundsätzlich gut aber die Ablehnung nach der zweiten Abstimmung trotz Mehrheit nicht sinnvoll.
 - Kontra: Simon: Grundsätzlich sollte der Konsens im Vordergrund stehen, aber auch 51% sind eine Mehrheit.
 - Dringlichkeitsantrag von Regine Deutsch: Es soll zusätzlich eingefügt werden:

Bei der erneuten Abstimmung gilt die Forderung der Initiative als angenommen, wenn die Initiative mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhält.
 - Zur Dringlichkeit:
 - Pro: Regine: Es gibt Unstimmigkeiten, daher soll der Antrag ergänzt werden.
 - Kontra: Dirk: Die Dringlichkeit ist nicht gegeben; es gibt noch weitere Fehler; der Antrag sollte grundsätzlich überarbeitet werden.
 - Mit 31 Stimmen dafür bei 13 Enthaltungen und 26 Gegenstimmen zugelassen.
 - Der Änderungsantrag wurde von der Antragstellerin selbst gestellt und wird ohne Widerspruch in den Antrag übernommen.
 - Abstimmung über den so geänderten Antrag S1-108-2:
 - Bei 43 Stimmen dafür, 8 Enthaltungen und 23 Gegenstimmen abgelehnt (eine 2/3-Mehrheit der abstimmenden Mitglieder war erforderlich)
- Dringlichkeitsantrag von Felix Pahl: In § 5 der Abstimmungsordnung soll ein neuer Absatz 4 eingeführt werden:

(4) Eine Initiative gilt als angenommen, wenn sie mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten hat. Andernfalls gilt sie als abgelehnt und wird archiviert.

- Zur Dringlichkeit:
 - Pro: Felix: Diese Lücke in der Abstimmungsordnung ist dem Papiertiger-Team erst nach Antragschluss aufgefallen. Da sie nicht durch S1-108-2 gefüllt wurde, sollte sie anderweitig gefüllt werden.
 - Keine Gegenrede
 - Bei 4 Enthaltungen zugelassen
 - Zum Antrag:
 - Pro: Felix: Die Lücke soll im Einklang mit dem Rest der Abstimmungsordnung und der gängigen Praxis gefüllt werden.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 4 Enthaltungen angenommen
 - Fortsetzung: Folgen der Ablehnung bei Prüfung von Initiativen
 - Fortsetzung: S1-165 (Felix Pahl)
 - Dringlichkeitsänderungsantrag von Felix Pahl: Die neue Fassung von § 6 Abs. 10 der Abstimmungsordnung soll lauten:

Wer eine Initiative einreichen möchte, darf zum Zeitpunkt der Einreichung innerhalb der vergangenen sechs Monate nicht mehr als einmal Initiator*in einer Initiative gewesen sein, deren Gründung oder Zulassung zur Abstimmung abgelehnt wurde.
 - Zur Dringlichkeit:
 - Pro: Felix: Die zuvor aufgezeigte Unklarheit soll beseitigt werden.
 - Keine Gegenrede
 - Bei 1 Enthaltung zugelassen
 - Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller selbst gestellt und wird ohne Widerspruch in den Antrag übernommen.
 - Befassung des so geänderten Antrags S1-165:
 - Kontra: Christian: Die Formulierung ist zu kategorisch; das Prüfungsteam soll entscheiden dürfen.
 - Pro: Felix: Zur Abstimmung stehen nur diese und die bestehende Formulierung; die bestehende Formulierung ist viel härter.
 - Bei 2 Enthaltungen angenommen.
- Verfahrensantrag von Alexander Thamm: Trotz fortgeschrittener Zeit sollen noch die beiden Anträge S6-343 und S9-044 behandelt werden, um das Verfahren für die Unterzeichnung von Protokollen zu vereinfachen.
 - Bei 3 Enthaltungen angenommen. (Es war eine 2/3-Mehrheit erforderlich, weil über die Reihenfolge der Behandlung der Anträge bereits abgestimmt wurde und es sich somit um einen Rückholantrag handelt.)
- Weniger Unterschriften unter Protokolle
 - S6-343 (Ute Walter)
 - Pro: Ute: Die Protokolle wurden bislang wochenlang herumgeschickt.
 - Frage: Wie viele müssen unterschreiben? Vier.
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 1 Enthaltung angenommen

- S9-044 (Leon Beleke)
 - Pro: Felix: Klarstellung
 - Keine Gegenrede, keine weitere Prorede
 - Bei 1 Enthaltung angenommen

TOP 9 Verabschiedung

- Alexander dankt der Versammlungsleitung und allen Beteiligten.
- Julia dankt dem LV Hessen für den Versuch, die Unterschriften einzubringen, und dem Orga-Team für die Organisation.
- Alexander dankt den Gebärdendolmetscher*innen.
- Julia dankt den Fotograf*innen und allen anderen, denen bisher nicht gedankt wurde.
- Abschiedsrunde im Kreis.

Deniz Özkan
Schriftführung

Sabine Sedlaczek
Versammlungsleitung

Julia Beerhold
Vorsitzende

Alexander Plitsch
Vorsitzender